

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 76. JG, SEPTEMBER 2025

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Mehr Energie für Ober- österreich

SP-Landespartei-
vorsitzender
Martin Winkler
im Interview

Seite 4/5



Foto © MacGreenie

Vor Ort:

Einbindung der Bevölkerung
in Infrastrukturprojekte

Seite 9

Energiearmut:

Viele Betroffene mit-
ten in Oberösterreich

Seite 10

Transformation:

voestalpine am Weg zum
grünen Technologiekonzern

Seite 12/13



**Weil echte
Begegnungen
wirklich Wert
haben.**

So weit muss Bank gehen.

PROGRAMMVORSCHAU

- 18. SEPTEMBER, 20:00 UHR:** JOHNNY M. & THE TOOTHBREAKERS: THE HEART OF ROCK N ROLL IS STILL BLEEDING
- 27. SEPTEMBER 2025, 18:00 UHR:** BOXEN IM HERZEN VON LINZ VI
- 4. OKTOBER 2025, 20:00 UHR:** LIEDER-MACHER PHILIPP SCHATNER - KONZERT "FÜR DI"
- 17. OKTOBER 2025, 19:00 UHR:** AGORA CHARITY CLUBBING

**DEIN EVENT, DEINE
BÜHNE, HOSTED BY US.**

Credit: Pixelkinder.com

Mitten im Herzen von Linz – und dennoch entspannt: Das CENTRAL vereint historische Kinokulisse mit modernster Technik, erstklassiger Akustik und flexibler Ausstattung. Die ideale Bühne für unvergessliche Veranstaltungen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at und www.centrallinz.at

Mehr Energie für den Kampf gegen die Klimakrise!

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Foto © MecGreenie

Donald Trump hat die Leiterin der US-amerikanischen Statistikbehörde entlassen: die von ihrer Einrichtung publizierten Arbeitslosenzahlen passten nicht in das Weltbild des Präsidenten. Wenn die Wirklichkeit nicht dem Wunschbild entspricht, dann soll die amtliche Statistik nicht die Wirklichkeit abbilden, sondern das Wunschbild! Soweit die Vorgangsweise von Trump.

Vor der diesjährigen Sommerpause diskutierte der österreichische Nationalrat eine „Hitzeverordnung“ zum Arbeitnehmer:innenschutz in Hitzeperioden. Heftig gegen diese Regelung waren die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei. Deren Nationalrätin Dagmar Belakowitsch begründete dies damit, dass es Hitzetage im Sommer „immer schon“ gegeben habe. Das stimmt sicherlich. Aber zwischen 1961 und 1990 waren es in Wien im Durchschnitt in jedem

Jahr acht Tage mit Temperaturen von mehr als 30 Grad, im Jahr 2024 waren es aber bereits 45 derartiger Hitzetage!

Die Zunahme von solchen Hitzetagen in den letzten Jahren ist ein Zeichen und ein Beleg für den Klimawandel.

Und wenn dieser Klimawandel negiert werden soll – wie es die Freiheitlichen tun – dann sagen sie eben, dass das alles normal und üblich sei. Die Wirklichkeit wird dem politischen Wunschbild untergeordnet. Um die Analogie mit Trump weiterzudenken: Die Leitung der GeoSphere Austria (der früheren „Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik“) sollte nach dieser Logik ausgetauscht werden, damit sie nicht immer so hohe Temperaturen messen!

Um dem Klimawandel wirksam begegnen zu können, ist mehr Energie nötig – mehr Energie im politischen Handeln und mehr Energie aus CO₂-freier Stromerzeugung!

„Die Wirklichkeit nicht dem politischen Wunschbild unterordnen!“

- 4 **Interview:** Martin Winkler erzählt, wie er gemeinsam das Leben der Menschen in Oberösterreich besser machen will.

- 6 **Energiewende:** Eine große Investitionsoffensive in neue Kraftwerke ist nötig, betont Martin Winkler.

- 8 **EU:** Hannes Heide berichtet über den umfassenden EU-Aktionsplan für leistbare Energie.

- 9 **Vor Ort:** Wie Infrastrukturprojekte durch Bürger:innenbeteiligung und politische Klarheit gelingen können, erklärt Maria Pühringer.

- 10 **Energiearmut:** Was es bedeutet, ein energieärmerer Haushalt zu sein und was die Volkshilfe deshalb fordert, berichtet Simon Weiß.

- 11 **Klimaziele:** Notwendige Maßnahmen, um die Energiewende sozial gerecht zu meistern, skizziert Hannah Keller.

- 12 **Transformation:** Manfred Hippold berichtet, wie die voestalpine sich schrittweise zum grünen Technologiekonzern entwickeln will.

Inhalt



Foto © Schöngrubner



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, nicole.trudenberger@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Nina Andree, Bernd Döbesberger, Manuela Hiesmair, Barbara Hinterleitner, Georg Hubmann, Anna Portenkirchner, Iris Ratzenböck-Höllerl, Lukas Russ, Nicole Trudenberger

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 03/25, September, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2025, GZ 022032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gemeinsam das Leben der Menschen in Oberösterreich besser machen

Martin Winkler ist neu gewählter Landesparteivorsitzender der SPÖ OÖ. Im Interview mit dem Bildungskurier spricht er über seine Biografie, Herausforderungen und Chancen für Oberösterreich sowie über sein Motto „Mehr Energie für Oberösterreich“.

Bildungskurier: In den 1980er Jahren warst du Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Linz, 1990 bis 1992 dann noch Vorsitzender der SJ Österreich – danach dann Unternehmer. Fast 35 Jahre nach deiner Zeit bei der Sozialistischen Jugend wirst du Vorsitzender der SPÖ Oberösterreich. Wie kam es zu diesen ungewöhnlichen biografischen Abzweigungen?

Winkler: Ich hatte 1989 nach meinem Studienabschluss bei der voestalpine zu arbeiten begonnen. Zuerst in der Kostenrechnung des Stahlwerks und dann in der Bankabteilung der Stahl AG. Ich hatte bereits eine berufliche Karriere begonnen und der Bundesvorsitzende der SJ ist 1990 komplett ungeplant „passiert“. Es war für mich persönlich eine spannende Erfahrung, aber ich wollte nicht Berufspolitiker werden. In meiner Familie war ganz klar vorgegeben, dass man sich eine eigene berufliche Basis außerhalb der Politik schafft. Das habe ich dann auch in Wien gemacht. Ende 2024 haben meine Mitgesellschafter und ich unsere Firma verkauft. Ich wollte mich wieder etwas mehr politisch engagieren, aber natürlich örtlich in Wien. Die Vorsitzrolle für

„Ich brenne jetzt für diese Aufgabe und habe große Freude daran.“

die SPÖ in Oberösterreich ist wieder komplett ungeplant aufgetaucht. Das Leben bietet offenbar für mich mehrere Überraschungen. Ich brenne jetzt für diese Aufgabe und habe große Freude daran.

Bildungskurier: In Oberösterreich gibt es nach wie vor eine Proporzregierung, aber seit 2015 dominieren ÖVP und FPÖ

gemeinsam die Landespolitik durch ein Regierungsübereinkommen, die SPÖ ist nur noch drittstärkste Partei. In aktuellen Umfragen liegen die Freiheitlichen vor der Volkspartei. Wie würdest du die politische Ausgangslage – etwas über zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl – beschreiben?

Winkler: Die von der ÖVP geführte Regierung hat mit den Beitragstärkern der FPÖ durch die Hintertür das Proporzsystem in OÖ praktisch abgeschafft. Als SPÖ-Landesrat verantworte ich nur 1,33 % des Landesbudgets und nach Proporz (gemessen am letzten Wahlergebnis) sollten es fast 20 % sein. Die SPÖ OÖ wird nicht fair behandelt und wir werden das politisch thematisieren. Die FPÖ schwimmt

„Wer etwas ändern will, der muss SPÖ OÖ wählen.“

als rechtsnationale Partei auch in OÖ auf einer Erfolgswelle. Es gelingt der FPÖ, sich weiterhin als „Wutpartei“ zu positionieren, obwohl sie seit 10 Jahren in Regierungsverantwortung in OÖ ist. Wir müssen klar darstellen, dass alle Themen, die in OÖ nicht passen, in der Verantwortung der FPÖ und der von LH-Stv. Haimbuchner liegen. Wir sind die einzige große Oppositionspartei in OÖ. Wer etwas ändern will, der muss SPÖ OÖ wählen. Wir müssen für die Zukunft des Landes OÖ die besseren Antworten anbieten. Daran arbeiten wir.

Bildungskurier: Um wieder eine wichtige Rolle in der Landespolitik zu spielen, muss die SPÖ bei den nächsten Wahlen also ein kräftiges Plus einfahren, wie soll das erreicht werden?

IM INTERVIEW



Martin Winkler

ist seit Juli 2025 Landesrat und seit September 2025 neuer Landespartei-vorsitzender der SPÖ OÖ. Er will mit viel Motivation und seiner Erfahrung Oberösterreich zukunftsfit machen.

Foto © Antje Wolim

Winkler: Wir müssen in drei Teichen fischen. Zum einen müssen wir Nichtwählerinnen und Nichtwähler ansprechen, die schon einmal die SPÖ gewählt haben. Das sind in OÖ sehr viele. Ich denke, dass ich für diese Zielgruppe ein attraktives Angebot bin. Dann haben wir die Wählerinnen und Wähler, die über die letzten 30 Jahre in Richtung FPÖ abgewandert sind. Bei dieser Zielgruppe müssen wir als SPÖ unsere Glaubwürdigkeit stärken und bei den Menschen ganz stark vor Ort präsent sein. Das mache ich selbst mit meinen Hausbesuchen im ganzen Land und hoffe, dass ich mit meinem Vorbild viele Funktionärinnen und Funktionäre mobilisieren kann, die ebenfalls Hausbesuche machen. Die dritte Zielgruppe sind die Wählerinnen und Wähler der ÖVP. Als ehemaliger Unternehmer rechne ich mir auch dort recht gute Chancen aus.

Bildungskurier: Mit dem Spruch „Mehr Energie für Oberösterreich“ ziehst du seit einigen Monaten durch das Land, was sind die Inhalte hinter diesem Slogan?

Winkler: Die hohen Strom- und Gaspreise nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine haben eine Inflation in dramatischer Höhe in der EU und insbesondere in Österreich ausgelöst. Das erschwert das Leben der Menschen in Österreich und verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Wir müssen die Energiepreise niedrig halten, weil sie den Preis jedes Produkts und jeder Dienstleistung beeinflussen. Dafür brauchen wir ein höheres Stromangebot und neue Kraftwerke. Wir legen in den nächsten Jahren das Fundament für die Zukunft Oberösterreichs im Bereich der KI-Anwendung in unserer Industrie. Dafür benötigen wir sehr viel mehr Strom. Zudem müssen wir die Abhängigkeit von Öl und Gas reduzieren und auch dafür brauchen wir mehr Strom. Wir müssen in OÖ 10 Milliarden Euro in den nächsten 5 Jahren in neue Kraftwerke und Speicher investieren.

Bildungskurier: Für einen Erfolg bei den Wahlen 2027 ist aber auch eine aktive sozialdemokratische Partei notwendig, wie willst du diesen Energie-schub erreichen?

Winkler: Aus meiner Sicht braucht es für einen politischen Erfolg ein attraktives politisches Programm für Oberösterreich, eine hohe persönliche Motivation der Funktionärinnen und Funktionäre der SPÖ OÖ sowie politische und persönliche Glaubwürdigkeit bei den Wählerinnen und Wählern. Wir werden am Parteitag am 13. September 2025 einen Plan für Oberösterreich beschließen. Dieser bildet die programmatische Grundlage dafür, wie wir die Menschen ansprechen. Ich toure durch das gesamte Bundesland, um die Funktionärinnen und Funktionäre zu motivieren. Das läuft recht erfreulich an. Zudem besuche ich in allen Gemeinden möglichst viele Haushalte, um an der persönlichen und politischen Glaubwürdigkeit unserer Partei und meiner Person zu arbeiten. Dafür braucht es viel Energie, aber man bekommt auch sehr viel Energie zurück. Politik bedeu-

tet für mich, den Menschen zuzuhören und das Gehörte so umzusetzen, dass es für die Menschen in OÖ einen positiven Unterschied in ihrem Leben macht. In

„Politik bedeutet für mich, den Menschen zuzuhören und das Gehörte so umzusetzen, dass es für die Menschen in OÖ einen positiven Unterschied in ihrem Leben macht.“

meinem Leben hat gute sozialdemokratische Politik einen echten Unterschied gemacht. Das will ich in OÖ wiederholen und dafür arbeite ich.

Vor Ort statt weit weg – Landesrat und SP-Landespartei-vorsitzender Martin Winkler tourt durch Oberösterreich.



Foto © MecGreenie

Für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft von Oberösterreich braucht es ein besseres Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft

Eine große Investitionsoffensive in neue Kraftwerke ist nötig, um Strom günstiger zu machen, Arbeitsplätze zu sichern und die Abhängigkeit unserer Wirtschaft von russischem Gas zu verringern.

MARTIN WINKLER

Leider ist in Österreich und auch in Oberösterreich in den letzten Jahrzehnten das wichtige Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft auf Augenhöhe durch eine blinde Marktgläubigkeit und eine mediale Überhöhung unternehmerischer Erfolge abgelöst worden. Politik wird von Industrielobbyisten als Bankomat missverstanden, der primär für Subventionen genutzt wird. Zudem wird eine Steuersenkungspolitik forciert, die die Finanzierbarkeit des Sozialstaats, aber auch des Ordnungsstaats, in der globalisierten Welt gefährdet. Diese Entwicklungen sind hochproblematisch, weil sie die Zukunft unseres Bundeslands gefährden.

Hinter allen großen wirtschaftlichen Erfolgen steht ein erfolgreiches Zusammenspiel von guten politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, öffentlichen Forschungsaufträgen und öffentlicher Wirtschaftsförderung sowie unternehmerischer Initiative und dem Engagement gut ausgebildeter Mitarbeiter:innen. Die wirtschaftlichen Erfolge in unseren zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben basieren letztlich auch auf diesen Rahmenbedingungen, aber dort spielen Unternehmer:innen und ihre Mitarbeiter:innen eine noch wichtigere Rolle. Am Ende braucht es Konsument:innen, die die angebotenen Dienstleistungen und Produkte mit ihrer Kaufkraft auch bezahlen können. Für den Erhalt der Kaufkraft sorgen unsere Gewerkschaften.

Global denken und lokal handeln

Global denken und lokal handeln war immer schon ein richtiger Ansatz. In einer wirtschaftlich globalisierten Welt ist dieser Ansatz umso wichtiger. Die Globalisierung hat eine deutliche Verbesserung der Einkommen vieler Menschen auf der ganzen Welt ermöglicht. Ein Schlüssel dabei war die Öffnung und Integration Chinas in die Weltwirtschaft. Diese Entwicklung ist keine Einbahnstraße und die Wettbewerbsfähigkeit Chinas steigt daher an. Das bedroht die bisherige wirtschaftliche Führungsmacht USA und auch Europa. Chinas Aufstieg ist nicht nur auf die Wirtschaft beschränkt, sondern China stellt auch militärisch einen wachsenden Machtfaktor dar. Die wirtschaftliche und politische Integration Russlands ist leider gescheitert. Die politischen und militärischen Eliten in Russland haben sich für ein rohstofffinanziertes, rückwärtsgerichtetes, autoritäres Modell und gegen die wirtschaftliche und politische Integration mit Europa entschieden. Niemand hat sie in diese Richtung gedrängt. Für Europa war diese Entwicklung seit 15 Jahren unerfreulich, aber bis zum Überfall Putins auf die Ukraine noch verkräftbar. Seitdem ist die Nachkriegsordnung in Europa auf den Kopf gestellt und für uns die günstige Versorgung mit Öl und Gas aus Russland beendet. Durch die erratische und primär den Eigeninteressen folgende Politik von Donald Trump kommt Europa jetzt auch noch von einer weiteren Seite unter Druck. Das gilt so-

DER AUTOR:

Martin Winkler ist Landesrat und neuer Landespartei-vorsitzender der SPÖ OÖ. Unter dem Motto „Mehr Energie für Oberösterreich“ tourt er gerade durch das Bundesland.



Foto © Antje Wolm

wohl militärisch als auch wirtschaftlich durch die festgesetzten Strafzölle. Europa muss enorme zusätzliche Beträge in die Verteidigung investieren.

„Die Antwort einer Region wie Oberösterreich muss die Mobilisierung der eigenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Stärken sein.“

Die Antwort einer Region wie Oberösterreich muss die Mobilisierung der eigenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Stärken sein. An der wirtschaftlichen Basis steht die Energieproduktion. Hier haben wir sehr große Herausforderungen, da wir Öl und Gas ersetzen müssen und zudem einen wachsenden Energiebedarf für den Einsatz der sogenannten Künstlichen Intelligenz (KI) in der gesamten Wirtschaft, aber auch in der Verwaltung, abdecken müssen. Leider wurde in Ober-

österreich in diesem Bereich keine Vorreiterrolle entwickelt, sondern insbesondere beim Windkraftausbau wurde und wird massiv gebremst.

10 Milliarden für umweltfreundliche Kraftwerke und Speicher

Um als Standort konkurrenzfähig zu bleiben, müssen wir in Oberösterreich in den nächsten fünf Jahren rund zehn Milliarden Euro in neue, umweltfreundliche Kraftwerke und Speicher investieren. 10 Milliarden bis 2030 – ein ehrgeiziges, aber machbares Ziel. Das zeigt nicht zuletzt das Beispiel Burgenland, wo 2 Milliarden Euro in Wind- und PV-Kraftwerke sowie Speicher vom Land, vom regionalen Energieversorger und von privaten Investorengruppen investiert werden.

„Wie unsere Energiezukunft aussieht, ist vor allem eine Frage des politischen Willens.“

Wie unsere Energiezukunft aussieht, ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Mit Unterstützung des Landes Oberösterreich könnten die Energie AG und andere interessierte Energieversorger das notwendige Investitionsvolumen – gemeinsam mit privaten Investorinnen und Investoren – problemlos stemmen. Doch die

schwarz-blaue Landespolitik geht mit ihrer Verhinderungspolitik leider in die entgegengesetzte Richtung.

Werden in OÖ weiterhin die falschen Prioritäten gesetzt, steht die Zukunft unseres Industriestandorts auf dem Spiel: Denn Windkraftverbotszonen im ganzen Land und der Schweins-

„Denn Windkraftverbotszonen im ganzen Land und der Schweinsbraten im Verfassungsrang werden Oberösterreich nicht in eine gute Zukunft führen.“

braten im Verfassungsrang werden Oberösterreich nicht in eine gute Zukunft führen. Ohne neue Kraftwerke und Speicher ist unser Spitzenplatz als Industriebundesland stark gefährdet – und damit viele Arbeitsplätze.

Neue Kraftwerke braucht das Land

Dabei ist klar, was es braucht: Neue Kraftwerke, um die vorhandenen Energiepotenziale unseres Landes zu heben. Geeignete Standorte dafür gibt es genug – vor allem, wenn sie optimal genutzt werden. So sollten Sonnen- und Windkraftanlagen möglichst immer miteinander kombiniert werden. Denn dieses

perfekte Duo produziert durchgängiger Strom, was für eine optimale Nutzung der Netzinfrastruktur sorgt und so den Betrieb kostengünstiger macht.

Es geht aber nicht nur um Sonne und Wind. Auch die bestehenden Wasserkraftwerke in Oberösterreich müssen modernisiert werden, um das volle Potenzial unseres Landes zu nutzen. Und darüber hinaus gilt es – neben Ebensee – weitere Pumpspeicherkraftwerke sowie große Batteriespeicher in Oberösterreich zu errichten. Denn nur dadurch können wir den sauberen, günstigen Strom dann abrufen, wenn er gebraucht wird – egal, ob er aus Sonne, Wind oder Wasser stammt.

Dieses Investitionsprogramm ist mehr als Energiepolitik – es ist ein Jobmotor für das ganze Land. Es senkt die Strompreise für Haushalte, Industrie und Gewerbe, verbessert unsere Klimabilanz und schützt die Umwelt. Außerdem werden wir damit unabhängig von Atomstrom sowie Gas und Öl aus fossilen Diktaturen. Kurz gesagt: Das ist die Politik, die sich die hart arbeitenden Menschen in Oberösterreich verdient haben. Eine Landespolitik mit einem Plan für eine saubere Energiezukunft, für die uns unsere Kinder und Enkel einmal danken werden.

Jedes Windrad, das sich in Oberösterreich dreht, ist ein Zeichen unserer Freiheit und unserer Energieunabhängigkeit.



Europas Energiepolitik denkt um

Die Strompreise in Europa sind weiterhin alarmierend hoch – etwa doppelt so hoch wie in den USA oder China. Als Reaktion darauf hat die EU-Kommission nun einen umfassenden Aktionsplan für leistbare Energie vorgelegt.

HANNES HEIDE

Die Preisexplosion infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die strukturellen Schwächen unseres Energiesystems offengelegt. Ein zentrales Problem ist das bestehende europäische Strommarktdesign, insbesondere das sogenannte Merit-Order-System. Dieses Modell, das seit der Liberalisierung der Strommärkte Anfang der 2000er-Jahre in Kraft ist, bestimmt den Strompreis auf Basis der teuersten Energiequelle, die zur Deckung der Nachfrage benötigt wird – das sind häufig Gaskraftwerke.

Hohe Gaspreise treiben so den Strompreis auch in Ländern wie Österreich nach oben, die stark auf erneuerbare Energien wie Wasserkraft setzen. Trotz dieses Dilemmas rückt die EU-Kommission nicht vom Merit-Order-Prinzip ab. Im vergangenen Oktober einigte sich die Kommission allerdings auf eine von der S&D-Fraktion seit Langem geforderte Reform: Das Modell soll beibehalten, aber weiterentwickelt werden

Es braucht eine gerechte Energiepolitik in der EU - ohne Rückschritte beim European Green Deal.



– mit zusätzlichen Maßnahmen, um vor extremen Preissprüngen zu schützen. Eine neu eingesetzte Task Force prüft außerdem die Funktionsweise des europäischen Erdgasmarktes, um eine bessere Preisstabilität zu erreichen.

Die EU hat ein Gesetz verabschiedet, das Spekulationen auf dem Gasmarkt eindämmen und die Preise durch eine flexible Speicherbefüllung stabilisieren soll. Ziel ist es, die nationalen Speicher bis Winterbeginn zu 90 Prozent zu füllen. Auch die Herkunft des Gases soll transparenter werden. Zudem plant die

„Das Europäische Parlament hat daher umfangreiche Maßnahmen zur Modernisierung der europäischen Stromversorgung beschlossen.“

Kommission bis 2028 den vollständigen Ausstieg aus russischem Gas – schrittweise, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die Stromnetzinfrastuktur ist ebenso ein zentrales Element der Energiewende.

Der massive Stromausfall in Spanien und Portugal im April zeigte, wie fragil das europäische Netz ist. Auch auf die Einspeisung von immer mehr Solarenergie sind viele Anlagen

DER AUTOR:

Hannes Heide ist sozialdemokratischer Abgeordneter zum Europäischen Parlament und dort im Ausschuss für Kultur und Bildung.



noch nicht vorbereitet. Das Europäische Parlament hat daher umfangreiche Maßnahmen zur Modernisierung der europäischen Stromversorgung beschlossen. Bis 2030 sollen 584 Milliarden Euro investiert werden – insbesondere in grenzüberschreitende Stromverbindungen, den Abbau von Engpässen und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Als sozialdemokratische Fraktion setzen wir uns im EU-Parlament für eine gerechte Energiepolitik ein. Dazu

„Als sozialdemokratische Fraktion setzen wir uns im EU-Parlament für eine gerechte Energiepolitik ein.“

gehört der Ausbau erneuerbarer Energien auf regionaler Ebene, starke öffentliche Energieversorger, die gemeinwohlorientiert und nachhaltig handeln, und Energiepreise, die leistbar sind. Die aktuelle Energiekrise darf nicht dazu führen, dass wir hinter die Ziele des European Green Deal zurückfallen oder weiter in Technologien der Vergangenheit investieren.

Umsetzung unmöglich?

Infrastrukturprojekte erfordern politische Klarheit und Bürger:innenbeteiligung.

MARIA PÜHRINGER

Wo eine neue Straße gebaut, ein Betriebsstandort erweitert oder ein Windpark errichtet werden soll, sind Konflikte vorprogrammiert. Infrastrukturprojekte greifen tief in bestehende Raumstrukturen ein und verändern das gewohnte Lebensumfeld. Doch wie gelingt es, solche Vorhaben mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung umzusetzen?

Ein Blick auf ein prominentes Beispiel aus Oberösterreich zeigt, worauf es ankommt: Der Bau der S10, der Mühlviertler Schnellstraße, zählt zu den größten Infrastrukturvorhaben der Region in den letzten Jahrzehnten. Bis zum Baustart vergingen Jahre – geprägt von intensiven regionalen Aushandlungen. Drei Faktoren waren entscheidend für die Umsetzung: Erstens ein klares politisches Bekenntnis seitens der Landespolitik. Zweitens die starke Einbeziehung der Standortgemeinden in die Planung. Drittens ein intensiver und langwieriger Meinungsbildungsprozess, in dem um Akzeptanz für das Projekt geworben wurde. Bedenken von Anrainer:innen fanden Berücksichtigung, begleitende Maßnahmen wie Lärm-, Sicht- oder Umweltschutz wurden festgelegt – mit echter Mitsprachemöglichkeit, wenn auch nicht bei der Grundsatzentscheidung selbst. Sogar ein externer Konfliktmoderator wurde hinzugezogen, um Spannungen zu entschärfen.

Vor diesem Hintergrund wirken aktuelle Diskussionen um Windkraftanlagen wie ein Rückschritt. Im März 2023 konnten sich Spitzen der oberösterreichischen ÖVP und FPÖ noch zu einer gemeinsamen Pressekonferenz für den Windkraftausbau durchringen.¹ Heute ist davon wenig übrig. Für Schlagzeilen sorgen lediglich die landesseitig festgelegten Ausschlusszonen für Windenergie, die pauschal ein Drittel der Landesfläche zur Verbotszone erklären – ohne abschließend nachvollziehbare Gründe.

Ein koordiniertes Vorgehen bei Windenergie mit klarer landesseitiger Kommunikation Richtung Standortgemeinden fehlt. Die Verantwortung für Meinungsbildungsprozesse wird auf einzelne Gemeinden abgeschoben. Das

„Die Verantwortung für Meinungsbildungsprozesse wird auf einzelne Gemeinden abgeschoben.“

führt zu Unsicherheit und zu Spaltungen zwischen lokalen Befürworter:innen und Gegner:innen. Diese Polarisierung wird zusätzlich von rechtspopulistischen Kräften befeuert, die sich über Klimapolitik als fundamentale Opposition präsentieren wollen.² Wenn die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel von „Windmühlen der Schande“ spricht, schlägt dieser Ton bis nach Österreich durch – insbesondere über die FPÖ.

„Oberösterreich braucht eine klare Haltung zur Windkraft – jenseits populistischer Stimmungsmache.“

Eine zukunfts-fähige Energiepolitik darf sich nicht im Schatten solcher Polarisierungen bewegen. Oberösterreich braucht eine klare Haltung zur Windkraft – jenseits populistischer Stimmungsmache. Es braucht transparente Verfahren

DIE AUTORIN:

Maria Pühringer, MSc, ist Referentin in der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der AK Oberösterreich mit den Arbeitsschwerpunkten Regionalentwicklung, Raumordnung und Kommunalpolitik.



Foto © Christoph Staudinger

und ernsthafte Beteiligung der Bevölkerung. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist keine rein technische Frage – er ist zu tiefst politisch und sozial. Gerade deshalb darf das Feld nicht Desinformationskampagnen überlassen werden. Das Beispiel der S10 zeigt: Infrastruktur kann gelingen – mit klarem politischen Willen, echter Beteiligung und langfristiger Perspektive. Für Windenergie muss dasselbe gelten.

¹ ORF, „Ausbauoffensive bei Wind und PV“, 2023. <https://ooe.orf.at/stories/3200980/> (07.08.2025).

² Höhne, Benjamin und Weisskircher, Manès. „Rechtspopulistische Mobilisierungsthemen. Demokratievorstellungen, Migration, Anti-Genderismus und Klimapolitik“, 2025. <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/562364/rechtspopulistische-mobilisierungsthemen/> (07.08.2025).

Mit klarer Haltung zu erneuerbarer Energie, transparenten Verfahren und ernsthaften Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung können nachhaltige Infrastrukturprojekte gelingen.



Energiearmut mitten in Oberösterreich

Wer in Energiearmut lebt, kämpft nicht nur mit fehlendem Strom und Kälte, sondern auch mit Scham, Krankheit und Isolation.

SIMON WEISS

Frau K. ist Alleinerzieherin, ihr Baby erst wenige Monate alt. Der Vater ist über alle Berge, das Unterhaltsverfahren langwierig. Lange hat sie gezögert, sich Hilfe zu holen. Schwellenangst und Scham waren groß. Dabei ist ihr Problem eklatant, denn schon vor einigen Wochen wurde vom Energieanbieter die Stromlieferung eingestellt. Bei der Volkshilfe traut sich Frau K. erstmals über ihre prekäre Lage zu sprechen.

Wie Frau K. geht es etwa vier Prozent aller Haushalte in Österreich¹. Diese

SOFORTHILFE ENERGIE

In manchen Fällen braucht auch die Volkshilfe Hilfe. Hilfe durch Spenden, die es ermöglichen, kleinere oder größere Energiewunder wahr werden zu lassen.

Volkshilfe Oberösterreich
AT70 5400 0000 0023 2009
Verwendungszweck:
Soforthilfe Energie

Es braucht gezielte Förderungen, einen sozialen Energietarif und klare Mindeststandards für Vermieter:innen - Energiepolitik darf die Schwächsten nicht im Kalten sitzen lassen.



können ihre Wohnung im Winter nicht ausreichend warmhalten, kämpfen jeden Monat mit den Zahlungen für Strom und Wärme und gelten somit als energiearm. Das trifft in Oberösterreich immerhin 60.000 Menschen – fast so viele wie die Stadt Wels Einwohner:innen hat. Diese Menschen geben mit rund 20 % einen etwa fünfmal so hohen Anteil ihres Einkommens zur Deckung von Energiekosten aus wie nicht-energiearme Haushalte (4,3 % des Einkommens²).

Trotz aller Bemühungen steht am Ende oftmals die Abschaltung. Bei einer österreichweiten Abschaltquote von 0,69 %³ ist davon auszugehen, dass es in Oberösterreich jährlich zu rund 4.500 Energieabschaltungen kommt. Viele davon bleiben unbemerkt. Zumindest vorerst, denn die Auswirkungen von fehlender Energieversorgung zeigen sich oft nicht auf den ersten Blick. Fehlendes Heizen führt nicht selten zu Schimmelbildung und schlechterer Bausubstanz, fehlender Strom zu verdorbenen Lebensmitteln, schlechteren Hygienestandards, fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten und somit oft zur sozialen Isolation. Menschen, die in Energiearmut leben, haben in der Regel einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand. 57 % von ihnen leiden unter chronischen Erkrankungen⁴.

Dabei können armutsbetroffene Menschen in vielen Fällen nichts oder nur sehr wenig dazu beitragen, den eigenen Energieverbrauch zu senken. Wenngleich der bewusste Konsum von Energie eingeschränkt wird, stehen unveränder-

DER AUTOR:

Simon Weiß

ist Soziologe und in der Volkshilfe Oberösterreich Bereichsleiter für Sozialpolitik, Zivilgesellschaft und Ehrenamt.



Foto © Volkshilfe 00

bare Parameter wie die Art der Heizung, fehlende Wärmedämmung, alte Fenster oder auch alte, energieintensive Elektrogeräte einer merkbaren Einsparung entgegen. Während es für Besitzer:innen von Häusern oft gut geförderte Möglichkeiten zur Einsparung von Energie gibt, sind Menschen, die in Miete leben, vom Wohlwollen der Vermieter:innen abhängig. Leistbare Energie darf aber keine Frage

„Leistbare Energie darf aber keine Frage der Geldbörse sein.“

der Geldbörse sein. Es braucht dafür gezielte Förderungen und die Einführung von Mindeststandards, die alle Gebäude einhalten müssen – insbesondere jene, die vermietet werden. Außerdem fordert die Volkshilfe einen sozialen Energietarif für einkommensarme Haushalte.

Für Frau K. nahm ihr Besuch bei der Volkshilfe ein gutes Ende. Eine Kooperation mit der Arbeiterkammer und drei großen Energieanbietern ermöglicht es in besonders schlimmen Situationen oft, in nur wenigen Stunden eine Wiedereinschaltung der Energie zu erwirken.

¹ Statistik Austria (2025): Standard-Dokumentation EU-SILC 2023, 2024

² E-Control, Statistik Austria (2021): Erweiterte Betrachtung der Energiearmut in Österreich

³ E-Control Austria (2025): Konsument:innenschutzbericht 2024

⁴ D. Charlier and B. Legendre (2023): Energy Poverty and Health Pathologies: An Empirical Study on the French Case

Energiewende in Österreich: Zwischen Datenhunger und Klimazielen

Erneuerbare Energien sollen den Ausstieg aus fossilen Energieträgern ermöglichen – doch Datenhunger und KI treiben den Energieverbrauch in die Höhe. Es braucht die richtigen und sozial gerechten Maßnahmen, damit Österreich die Energiewende meistert.

HANNAH KELLER

Österreich muss, um die Klimaneutralität 2040 zu erreichen, die Energiewende auf Schiene bringen: Ausstieg aus fossilen Energieträgern und der Ausbau erneuerbarer Energien. So weit, so klar! Aber wie viel Energie brauchen wir? Der Energieverbrauch ist in Österreich seit 2005 relativ konstant mit einem leichten Abwärtstrend. Zwischen 2005 und 2024 ist er im Durchschnitt um 0,4 % pro Jahr gesunken und lag 2024 bei 1022 Petajoule. Das beinhaltet nicht nur elektrische Energie, sondern auch Erdöl- und Erdgasverbrauch. Rund 26 % des Verbrauchs entfallen auf Privathaushalte, 10 % auf Dienstleistungen und 28 % auf den produzierenden Bereich. Mit über 33 % ist nach wie vor der Verkehr Spitzenreiter beim Energieverbrauch.

Wollen wir die Energiewende schaffen, müssen wir mehrere Herausforderungen meistern. Zum einen müssen wir an der Verteilung der verbrauchten Energie etwas ändern. Weg von Fossilen, hin zu Erneuerbaren, und damit weg von Gas, Benzin und Diesel und hin zu Elektromobilität und elektrischer Wärmegegewinnung. Wir müssen aber auch unsere Energieeffizienz steigern und damit unseren Verbrauch reduzieren. Das ist nicht so einfach, denn technischer Fortschritt kommt oft mit erhöhtem Energiebedarf. Während technische Geräte effizienter geworden sind und einige Prozesse weniger Energie brauchen, benötigt der vermehrte Einsatz von Smartphones, Computern und Servern zusätzlich Energie.

Dieser Anstieg an Energieverbrauch geschieht gerade schneller denn je. Mit dem vermehrten Einsatz von Künstlicher Intelligenz sind Unmengen an

Daten und enorme Mengen an Energie verbunden. Eine ChatGPT-Anfrage verbraucht zum Beispiel rund 10-mal so viel Energie wie eine einfache Google-Suche. Mit über 195 Millionen Anfragen täglich braucht ChatGPT allein so viel Energie wie 66.000 österreichische Durchschnittshaushalte. Weltweit werden neue Datacenter gebaut, riesige Hallen, in denen Server betrieben werden. In manchen Ländern führt das jetzt schon zu Netzüberlastungen und Stromausfällen. Einige der Datacenter haben eigene kleine Gaskraftwerke oder Dieselgeneratoren. Der Energiewende hilft das nicht.

Auch Österreich reagiert auf die vermehrte KI-Nutzung mit dem Bau neuer Datacenter: möglichst effizient

„Wenn der Energiebedarf in manchen Bereichen steigt, dann müssen wir ihn in anderen senken.“

und klimafreundlich. So kann zum Beispiel die Abwärme von Datacentern für Fernwärme genutzt werden. Möglichst kalte Standorte reduzieren den Energiebedarf für die Kühlung und moderne Rechner verbrauchen weniger Energie für gleiche Leistung.

Wenn der Energiebedarf in

DIE AUTORIN:

Hannah Keller

ist Klimasprecherin bei Global 2000 und setzt sich für eine naturverträgliche Energiewende ein.



Foto © GLOBAL 2000, Selina Englmayer

manchen Bereichen steigt, dann müssen wir ihn in anderen senken. Nur noch mit E-Autos zu fahren ist unmöglich. Öffentlicher Verkehr und Infrastruktur für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen muss ausgebaut werden. Statt einfach auf elektrische Heizformen umzusteigen, sollen Gebäude saniert und so der Energiebedarf gesenkt werden. Mit den richtigen und sozial gerecht gestalteten Maßnahmen steht der Energiewende in Österreich allerdings nichts im Weg!

Zwischen Windrädern und Serverfarmen: Die Energiewende muss auch den wachsenden Strombedarf durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz berücksichtigen.



voestalpine im Wandel: Vom Stahlkocher zum grünen Technologiekonzern

Die voestalpine – Österreichs einziger Rohstahlproduzent – zählt heute zu den weltweit führenden Stahl- und Technologiekonzernen. Das Unternehmen steht für Qualität, Innovation und industrielle Stärke. Doch die Anforderungen der Gegenwart – Klimawandel, Digitalisierung und geopolitische Veränderungen – verlangen nach einem tiefgreifenden Wandel. Um fit für die Zukunft zu sein, befindet sich die voestalpine daher in einem umfassenden Transformationsprozess.

MANFRED HIPPOLD

Die voestalpine hat sich vom reinen Stahlerzeuger zu einem internationalen Technologiekonzern entwickelt, der in zahlreichen Zukunftsbranchen eine führende Rolle einnimmt. Bereits jetzt weltweit Vorreiter in puncto Umweltschutz, be-

Klimazielen der EU nicht mehr vereinbaren lässt.

Mit dem Projekt „greentec steel“ wird ein schrittweiser Umstieg auf eine klimafreundlichere Produktion vollzogen. Ab 2027 werden in Linz und Donawitz moderne Elektrolichtbogenöfen (EAF) in Betrieb gehen. Diese Technologie ermöglicht es, Schrott und vorreduziertes Eisen mit Strom statt mit Kohle zu verarbeiten – ein erster großer Schritt zur Emissionsreduktion. Langfristig setzt der Konzern auf grünen Wasserstoff zur Direktreduktion von Eisenerz. In Pilotprojekten wie „H2FUTURE“ wird diese Technologie bereits mit dem Ziel getestet, bis spätestens 2050 eine vollständig klimaneutrale Stahlproduktion zu erreichen.

Digitalisierung: Vom Werk zur Smart Factory

Neben der ökologischen Neuausrichtung wird die Digitalisierung der Produktionsprozesse massiv vorangetrieben. Die Werke entwickeln sich zu Smart Factories. Sensorik, Künstliche Intelligenz und Datenanalyse ermöglichen eine präzise Steuerung und vorausschauende Wartung. Produktionsdaten werden in Echtzeit analysiert, um Qualität, Effizienz und Ressourcennutzung zu optimieren. Diese Entwicklungen – ergänzt durch automatisierte Transportsysteme und Robotik – erhöhen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern verbessern auch die

DER AUTOR:

Manfred Hippold ist Konzernbetriebsratsvorsitzender der voestalpine AG.



Foto © Fotostudio Eder Linz

Arbeitsbedingungen und die Sicherheit in der Produktion.

Neue Märkte, neue Technologien

Die voestalpine hat sich in den letzten Jahren strategisch diversifiziert und neue Geschäftsfelder erschlossen. Ob in der Luft- und Raumfahrt, der E-Mobilität, der Bahninfrastruktur oder der additiven Fertigung – basierend auf hoher Werkstoffkompetenz und technologischer Exzellenz liefert die voestalpine hochspezialisierte Komponenten und Werkstoffe, die weltweit gefragt sind. Hochpräzise Schmiedeteile und Spezialwerkstoffe werden für internationale Kund:innen aus der Luft- und Raumfahrt wie Airbus und Boeing gefertigt. Im Bereich E-Mobilität gehören Leichtbaukomponenten, Batteriesysteme und hochfeste Stähle für Elektrofahrzeuge zum Portfolio. Der industrielle 3D-Druck mit Metallpulvern (additive Fertigung) ermöglicht die Herstellung komplexer Bauteile mit hoher Materialeffizienz und eröffnet neue Möglichkeiten in der Medizintechnik, im Maschinenbau und in der Energietechnik.

„Bereits jetzt weltweit Vorreiter in puncto Umweltschutz, befindet sich der Konzern mitten in einem tiefgreifenden Wandel – ökologisch, technologisch und strategisch.“

findet sich der Konzern mitten in einem tiefgreifenden Wandel – ökologisch, technologisch und strategisch. In einer Zeit, in der Klimaschutz, Digitalisierung und geopolitische Unsicherheiten die Wirtschaft prägen, verfolgt das Unternehmen eine ambitionierte Vision: die Transformation zu einem nachhaltigen, innovativen und global wettbewerbsfähigen Technologiekonzern.

Grüner Stahl: Der Umbau der Hochöfen

Im Zentrum der Transformation steht die Dekarbonisierung der Stahlproduktion. Die klassische Hochofenroute, bei der Eisenerz mit Koks reduziert wird, verursacht enorme Mengen an CO₂ – ein Umstand, der sich mit den

Globale Präsenz und strategische Allianzen

Mit über 50.000 Mitarbeiter:innen in mehr als 50 Ländern ist die voestalpine ein global agierender Konzern mit einem starken Fokus auf Forschung und Entwicklung. Das Unternehmen zeigt, wie sich ein traditionsreicher Industriebetrieb erfolgreich neu erfinden kann –

„Das Unternehmen zeigt, wie sich ein traditionsreicher Industriebetrieb erfolgreich neu erfinden kann – als Treiber moderner Technologien und nachhaltiger Lösungen.“

als Treiber moderner Technologien und nachhaltiger Lösungen. Durch gezielte Partnerschaften, etwa mit Energieunternehmen oder Universitäten, können neue Technologien schneller zur Marktreife gebracht und die Wettbewerbsfähigkeit in einem sich rasant verändernden globalen Umfeld gesichert werden.

Fachwissen bleibt gefragt

Die Orientierung auf Zukunftstechnologien wird Berufsbilder verändern, aber auch neue Perspektiven für die Beschäftigten schaffen. Unsere Mitarbeiter:innen sind das Herzstück

der Transformation, die nach qualifizierten Fachkräften in vielen Bereichen wie Werkstofftechnik, IT, Maschinenbau oder Energieinnovation verlangt. Die Verbindung aus industrieller Erfahrung und technologischem Know-how ist die Basis für den nachhaltigen Wandel – qualifiziertes Personal der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Unternehmens.

Herausforderungen und Chancen

Die Transformation der voestalpine ist mehr als ein technologischer Umbau – sie ist ein strategischer Neuanfang mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Innovation.

„Die Transformation der voestalpine ist mehr als ein technologischer Umbau – sie ist ein strategischer Neuanfang mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Innovation.“

Und sie ist mit erheblichen Investitionen verbunden. Allein für die erste Phase von „greentec steel“ sind rund 1,5 Milliarden Euro veranschlagt. Gleichzeitig steht der Konzern unter dem Druck volatiler Rohstoffpreise, geopolitischer

Spannungen und eines sich wandelnden Marktes.

„Die Nachfrage nach klimafreundlichem Stahl wächst weltweit.“

Doch die Chancen überwiegen: Die Nachfrage nach klimafreundlichem Stahl wächst weltweit. Wer heute in grüne Technologien investiert und auf Nachhaltigkeit setzt, wird von Kund:innen, Investor:innen und Regulierungsbehörden bevorzugt.

Die Grundvoraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Betrieb der zukünftigen Technologien ist aber in jedem Fall eine ausreichende Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbarer Energie zu einem wirtschaftlich darstellbaren Preis. Letztlich bedarf es eines politischen Gesamtkonzepts, das Klima, Energie, Wirtschaft und Beschäftigung zusammenbringt und damit ein klares politisches Bekenntnis zu einer wettbewerbsfähigen Stahlindustrie schafft.

Vom klassischen Stahlwerk zum grünen Technologiekonzern: Hier beginnt mit dem Projekt „greentec steel“ der Umbau zur klimafreundlichen Stahlproduktion.



Gemeindevertreter:innenverband OÖ Überparteilich für starke Gemeindefinanzen

Bürgermeister:innen aus ganz Oberösterreich haben sich in einer überparteilichen Initiative zusammengeschlossen, um die angespannte Finanzlage der oö. Gemeinden entschlossen anzugehen. Am 10. Juni 2025 kam es auf Einladung von Bürgermeister Sepp Wall-Strasser (SPÖ) zur Auftaktveranstaltung für die „Gallneukirchner Erklärung zur Sicherung der Gemeindefinanzen“. In dieser fordern die Unterzeichner:innen – gestützt auf Analysen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) – konkrete Maßnahmen für das kommende Budgetjahr 2026. Ziel ist es, den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinden zu sichern, um kommunale Investitionen zu ermöglichen. Neben dem Verbleib von 220 Millionen Euro an Gemeinde-Ertragsan-



Foto © Klaus Schöngrubner

SP-Bürgermeister Sepp Wall-Strasser spricht bei der Auftaktveranstaltung in Gallneukirchen über die Forderungen der überparteilichen Initiative.

teilen verlangen die Initiator:innen eine nachhaltige Reform der Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden. Die überparteiliche Initiative will mit einer starken gemeinsamen Stimme das Land Oberösterreich und insbesondere Finanzreferenten LH Stelzer zum Handeln bewegen – im Sinne der Menschen aller Gemeinden in Oberösterreich.

Junge Generation in der SPÖ OÖ Teamtag der Jungen Generation OÖ bei der voestalpine in Linz

Die Junge Generation Oberösterreich nutzte ihren Teamtag für einen spannenden Blick hinter die Kulissen der voestalpine in Linz. Gemeinsam mit Nationalratsabgeordnetem Roland Baumann starteten wir den Tag mit einer ausgedehnten Werksführung, die uns eindrucksvolle Einblicke in die Produktion und die vielfältigen Arbeitsbereiche des Unternehmens bot. Besonders beeindruckend war es, die Dimensionen des Werkgeländes und die modernste Technologie im Einsatz hautnah zu erleben.

Im Anschluss an die Führung nahmen wir uns Zeit für einen offenen Austausch mit Roland Baumann. In einer lebendigen Gesprächsrunde diskutierten wir aktuelle politische Themen, Herausforderungen für junge Menschen in Ausbildung



Foto © Simon Panholzer

Ein gemeinsames Gruppenfoto mit NAbg. Roland Baumann nach einem spannenden Austausch durfte nicht fehlen.

und Beruf sowie Perspektiven für eine sozial gerechte Zukunft. Der Teamtag bot so die perfekte Mischung aus praxisnaher Bildung, politischem Diskurs und Gemeinschaft – ein gelungener Beitrag, um Wissen zu vertiefen und Motivation für unser Engagement zu stärken.

Sozialistische Jugend OÖ Antifaschismus ist Heimatliebe!

Mit ihrer Kampagne „Antifaschismus ist Heimatliebe“ macht die Sozialistische Jugend Oberösterreich deutlich: Politisch links zu stehen heißt nicht, Österreichs Traditionen abzulehnen. Im Gegenteil – stolz auf unsere Kultur zu sein heißt auch, sie gegen rechtsextreme Vereinnahmung zu verteidigen.

Antifaschismus wird von Rechtsextremen leider oft fälschlicherweise als ein gefährliches, extremistisches Gedankengut dargestellt. In Wahrheit ist Antifaschismus ein Grundsatz unserer Republik, der die Demokratie garantiert und nicht mehr aussagt als die Ablehnung von Faschismus, der schon Millionen unschuldigen Menschen das Leben gekostet hat.

Bei Verteilaktionen, Spritzerständen, Fotoaktionen, antifaschistischen Kartenspielabenden und vielem mehr wird durch die Kampagne der Heimatbegriff auf eine positive, oft humorvolle und vor allem eine weltoffene Art und Weise aufgegriffen.

**Auftaktmedienaktion der Kampagne
„Antifaschismus ist Heimatliebe“ in Micheldorf.**



Foto © Klaus Schöngrubner

SPÖ Frauen OÖ

EQUAL PENSION DAY in Oberösterreich 2025

Der Equal Pension Day fiel in Oberösterreich heuer auf den 19. Juli. Frauen sollen von ihrem Einkommen und von ihrer Pension leben können. Anlässlich des EPD machten die SPÖ Frauen Oberösterreich unter dem Motto „Liebe, Arbeit, Verantwortung. Und am Ende bleibt die Pensionslücke.“ auf die Pensionschere aufmerksam.

Equal Pension Day – Was ist das?

Der Equal Pension Day markiert den Tag, ab dem Frauen in Oberösterreich statistisch gesehen keine Pension mehr erhalten, während Männer weiterbezahlt werden. Frauen erhalten in Oberösterreich 45,1 % weniger Pension als Männer.

Warum ist das aber so?

Frauen arbeiten öfter Teilzeit, leisten unbezahlte Pflege- und Familienarbeit und sind im Schnitt eher in schlecht bezahlten Berufen tätig. Die Gründe sind vielfältig, aber veränderbar!

Die SPÖ Frauen OÖ fordern politisches Handeln:

- Eine faire Bewertung von Pflege- und Sorgearbeit.
- Bessere Absicherung für Teilzeitbeschäftigte.
- Schließen der Lohnlücke und Transparenz bei den Gehältern.
- Ein Pensionssystem, das schützt.

Bund sozialdemokratischer Akademiker:innen OÖ

Rote Nacht 2025 des BSA OÖ

Am 26. Juni 2025 lud der BSA Oberösterreich zur 19. Roten Nacht - erstmals im stimmungsvollen Jägermayrhof der Arbeiterkammer OÖ.

Rund 500 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur feierten bei sommerlichem Wetter ein Jubiläumsfest der Begegnung und des Dialogs. „Die Rote Nacht 2025 ist ein starkes Zeichen für die Kraft des solidarischen Miteinanders“, betonte BSA OÖ-Vorsitzender Stefan Etzelstorfer. Der Reinerlös der Tombola kommt heuer dem Verein un:lockju zugute, der Kinder und Jugendliche mit Long-Covid unterstützt.

Unter den Ehrengästen waren u. a. Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner, AK OÖ-Präsident Andreas Stangl, Bürgermeister von Linz Dietmar Prammer, SPÖ OÖ-Landespartei-vorsitzender Martin Winkler und BSA Österreich-Präsident And-



Foto © MacGreenie



Foto © MacGreenie

Straßenaktion der SPÖ Frauen Oberösterreich
zum Equal Pension Day OÖ 2025.



Foto © MacGreenie

V.l.n.r.: Dietmar Prammer, Andreas Stangl,
Sabine Engleitner-Neu, Eva-Maria Holzleitner, Renate Heitz,
Stefan Etzelstorfer, Martin Winkler, Andreas Mailath-Pokorny.

reas Mailath-Pokorny. Bei Livemusik, kulinarischen Köstlichkeiten und Blick über Linz klang ein Abend aus, der politische Kultur und Miteinander in den Mittelpunkt stellte.

Wir freuen uns schon jetzt auf das größte Sommerfest der Sozialdemokratie, die Rote Nacht 2026!



#glaubanmorgen

Die nachhaltigen Kundenlösungen,
die in unsere Zukunft einzahlen.

SPARKASSE 
Oberösterreich

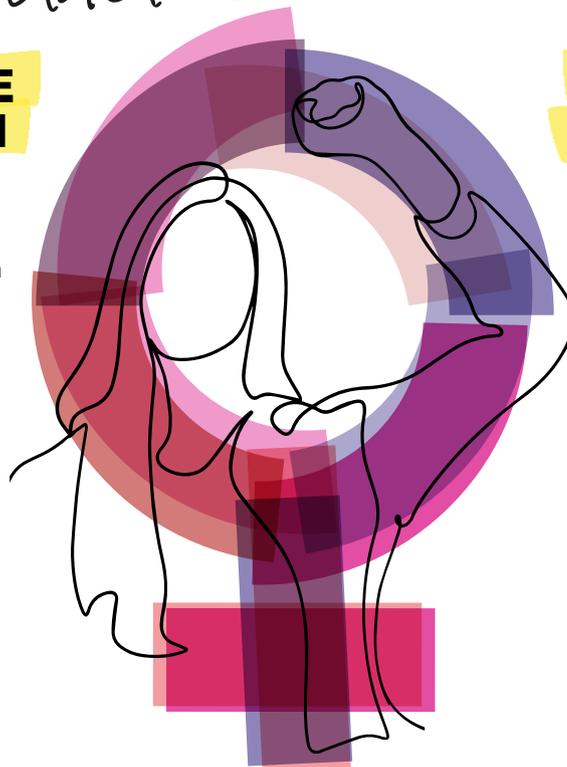
Bildet Banden!

FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN

Schriftreihe zu Aspekten der
Ungleichbehandlung von Frauen
und anderer marginalisierter
Gruppen

Präsentation:
20.11.2025, 18.30 Uhr
Central Linz

Mit Barbara Blaha, Dominika
Meindl, Yvonne Widler, Angela
Alexa, Mario Lindner



FEMINISTISCHE DENKWERKSTATT

Online-Lehrgang zu Aspekten
der Ungleichbehandlung
von Frauen und anderen
marginalisierten Gruppen,
angelehnt an die Schriftreihe
„Feministische Perspektiven“

Termine: 10.04.2026,
17.04.2026 und 24.04.2026

jeweils 16.00-19.00 Uhr

